

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



03. April 2023

EL SALVADOR: EIN JAHR AUSNAHMEZUSTAND – BEHÖRDEN BEGEHEN SYSTEMATISCH MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Seit im März 2022 der Ausnahmezustand verhängt und zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen wurden, die angeblich der Bekämpfung von Banden dienen sollten, haben die salvadorianischen Behörden systematisch schwere Menschenrechtsverletzungen begangen, sagte Amnesty International heute.

Diese Politik hat zu mehr als 66.000 Inhaftierungen, von denen die meisten willkürlich erfolgten, und zu Misshandlungen und Folter geführt. Außerdem kam es zu eklatanten Verstößen gegen ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren, zum Verschwindenlassen von Personen und zum Tod von mindestens [132 Personen](#)¹ in staatlichem Gewahrsam, die zum Zeitpunkt ihres Todes keines Verbrechens für schuldig befunden worden waren. Ermöglicht wurden diese Menschenrechtsverletzungen durch Koordination und Verständigung der drei Staatsgewalten, durch die Einführung eines Rechtsrahmens, der internationalen Menschenrechtsstandards insbesondere im Hinblick auf Strafverfahren zuwiderläuft, und durch das Versäumnis, Maßnahmen zur Verhinderung systematischer Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des Ausnahmezustands zu ergreifen.

"Die internationale Gemeinschaft ist alarmiert wegen der schwerwiegenden menschenrechtlichen Folgen des Ausnahmezustands in El Salvador. Die Willfährigkeit der Institutionen, die für Rechtsgarantien und Rechtspflege im Land zuständig sind, hat dazu geführt, dass das Strafrechtssystem als Waffe gegen Menschen eingesetzt wird, die mehrheitlich aus historisch marginalisierten Gebieten stammen, obwohl es keine Beweise dafür gibt, dass sie ein Verbrechen begangen haben", sagte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.

"Der Tod von 132 Menschen in Haft, willkürliche Verhaftungen, Massenprozesse und die willkürliche Inhaftierung von Zehntausenden von Menschen sind unvereinbar mit einer wirksamen, fairen und dauerhaften Strategie der öffentlichen Sicherheit. Die systematische Verletzung der Menschenrechte und die Demontage der Rechtsstaatlichkeit sind keine

¹ <https://twitter.com/cristosal/status/1640803779099480071?s=12&t=MsX970vhNNW0VpbKJM3r4Q>



Antwort auf die Probleme des Landes. Im Gegenteil, sie schaffen sehr gefährliche Präzedenzfälle".

Der Ausnahmezustand wurde am 27. März 2022 verhängt, nachdem bei einem heftigen Gewaltausbruch 87 Menschen ermordet worden waren. Dies war die Folge des Scheiterns eines [angeblichen Pakts](#)² zwischen der Regierung von Nayib Bukele und kriminellen Strukturen, der die Zahl der Morde im Gegenzug zu bestimmten [Vorteilen für die Bandenführer](#)³ verringern sollte.

Amnesty International ist der Ansicht, dass die schweren Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen des Ausnahmezustands begangen werden, systematischer Natur sind, da sie weit verbreitet und anhaltend sind. Auch der Grad der staatlichen Organisation und Planung, der das Zusammenwirken der drei Staatsgewalten einschließt, die Straffreiheit und fehlende Rechenschaftspflicht, die fehlende Transparenz, der fehlende Zugang zu Informationen und die weit verbreitete Kriminalisierung von Armut als Aspekt der Diskriminierung bestätigen diese Ansicht.

Der systematische Charakter der Menschenrechtsverletzungen könnte dazu führen, dass Beamte des salvadorianischen Staates individuell international strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, weil sie ihren Verpflichtungen zur Verhinderung und Bestrafung solcher Handlungen nicht nachgekommen sind.

Strafverfolgung und willkürliche Inhaftierung

Seit mehr als einem Jahr sind Verfahrensgarantien wie die Unschuldsvermutung und das Recht auf Verteidigung außer Kraft gesetzt, was die willkürliche Festnahme und Inhaftierung von mehr als [66.000 Menschen](#)⁴ in Rekordzeit ermöglicht hat. Amnesty International hat rund 50 Fälle dokumentiert, in denen ein Muster von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen in großem Umfang festgestellt werden konnte.

Zu den festgestellten Mustern gehören Verhaftungen aufgrund angeblicher anonymer Anschuldigungen oder aufgrund von Tätowierungen oder Vorstrafen jeglicher Art. Die Organisation hat auch die Durchführung von - meist virtuellen - Schnellanhörungen vor einem Gericht dokumentiert, bei denen ein Richter, dessen Identität nicht bekannt gegeben wird, bis zu 500 Personen gleichzeitig verurteilen kann, ohne dass Beweise für die Begehung einer Straftat vorgelegt werden. Darüber hinaus fehlt den Betroffenen eine wirksame Verteidigung und sie kennen nur selten die Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft.

Folter und willkürliche Tötungen in staatlicher Haft

Bis Ende März 2023 war die Zahl der in staatlicher Obhut verstorbenen Personen auf 132 angestiegen. Salvadorianische Menschenrechtsorganisationen gehen jedoch davon aus, dass [die Zahl zu niedrig ist](#)⁵, da Fälle von Exhumierungen von Opfern aus Massengräbern gemeldet wurden, nachdem die Familien endlich vom Tod von Personen erfahren hatten, die bereits Monate zuvor gestorben waren.

Amnesty International hat mindestens 10 Fälle von Todesfällen in staatlicher Haft dokumentiert und festgestellt, dass zu den Todesursachen Folter und grausame und erniedrigende Behandlung durch Polizeibeamte und Wachpersonal sowie der fehlende Zugang zu medizinischer Versorgung gehören. Einige Personen, die auf Bewährung freigelassen wurden, berichteten, dass sie gesehen haben, wie Wachleute und Polizisten Gefangene zu Tode prügeln, wenn sie versuchten, ihnen ein "Geständnis" zu entlocken, dass sie Teil einer Bandenstruktur seien, oder wenn sie eine vermeintliche Strafe verhängten.

Die Organisation stellte fest, dass in einigen Fällen das gerichtsmedizinische Institut und die Krankenhäuser, in denen die Opfer vor ihrem Tod behandelt wurden, Bescheinigungen ausstellten, in denen als Haupttodesursache Faktoren wie: "mechanische Erstickung", "mehrere nicht identifizierte

² https://elfaro.net/es/202301/el_salvador/26676/Cronolog%C3%ADa-del-pacto-entre-el-Gobierno-de-Bukele-y-las-pandillas.htm

³ <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Corte-Suprema-retiene-la-extradicion-de-cabecilla-MS-13-20210715-0114.html>

⁴ https://twitter.com/frente_a_frente/status/1640340363821867009?s=12&t=MsX970vhNNW0VpbKJM3r4Q

⁵ <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/02/26/cuatro-de-los-detenedos-bajo-el-regimen-de-excepcion-de-bukele-en-el-salvador-aparecieron-muertos-en-una-fosa-comun/>



Traumata" und "Schläge" bezeichnet werden. Bis heute wurde keine der Familien der Verstorbenen über eine Untersuchung zur Klärung der Umstände des Todes ihrer Angehörigen informiert.

Amnesty International dokumentierte den Fall eines 45-jährigen geistig behinderten Mannes, der Mitte April 2022 in seinem Haus festgenommen, gewaltsam Verschwinden gelassen und ums Leben gebracht wurde. Seine Familie sagte, dass sie zwischen April und Juni letzten Jahres die von den Gefängnisbehörden für Inhaftierte geforderten Hygieneartikel und Lebensmittel an das Gefängnis lieferte. Im Juli teilten die Gefängnisbeamten ihnen mit, dass ihr Verwandter nicht mehr dort festgehalten werde, machten aber keine Angaben zu seinem Verbleib. In den folgenden zweieinhalb Monaten besuchte die Familie verschiedene Gefängnisse und Krankenhäuser, um ihn ausfindig zu machen, und bat das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte und die Generalstaatsanwaltschaft um Unterstützung, die sich jedoch weigerten, ihr zu helfen.

Mitte September erhielten sie einen Anruf von einer Person, die ihnen mitteilte, dass er eine Zelle mit ihrem Verwandten geteilt habe. Er riet ihnen, sich an das gerichtsmedizinische Institut zu wenden, da er glaubte, dass ihr Verwandter an den Folgen von Schlägen der Wärter beim Betreten des Gefängnisses gestorben sei.

"Er sagte uns: 'Ihr Verwandter hat Blut durch Mund und Nase erbrochen. Ich glaube, er ist gestorben, denn sie haben ihn ins Krankenhaus gebracht und nicht mehr zurückgebracht'", so die Familie.

Durch das Institut für Rechtsmedizin konnte die Familie bestätigen, dass ihr Angehöriger 36 Tage nach seiner Festnahme gestorben und Anfang Juli in einem Massengrab beerdigt worden war. Mitte Oktober gelang es ihnen, seine sterblichen Überreste exhumieren zu lassen. Bis heute hat sich kein Beamter bei der Familie gemeldet, um sie über eine Untersuchung der Todesursachen zu informieren.

"Wir sehen mit Besorgnis, wie Überbelegung und Folter fortwährend das Leben unschuldiger Menschen fordern, mit der Komplizenschaft aller Institutionen, die ihre Rechte schützen sollen. Die Entmenschlichung, die Tausende von zu Unrecht inhaftierte Menschen erleiden, ist intolerabel. Internationale Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte müssen sich dringend damit befassen", sagte Erika Guevara-Rosas.

Grausame und unmenschliche Behandlung - Überbelegung der Gefängnisse

Unter den Gesetzesreformen, die mit der Verhängung des Ausnahmezustands einhergingen, ist eine der bemerkenswertesten die Änderung des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung, die den wahllosen Einsatz von Untersuchungshaft durch die für die Rechtspflege zuständigen Stellen ermöglicht. Dies hat nicht nur zu einer Verletzung des Rechts auf Freiheit (da diese Art der Inhaftierung nur unter sehr begrenzten Umständen erfolgen sollte) und des Rechts auf ein Gerichtsverfahren oder auf Freilassung innerhalb eines angemessenen Zeitraums geführt, sondern auch ein ernsthaftes Problem der Überbelegung der Gefängnisse verursacht. Derzeit sind in El Salvador mehr als 100.000 Menschen inhaftiert, womit das [Land mit mehr als 1,5 % der Bevölkerung die höchste Inhaftierungsrate der Welt](#)⁶ aufweist.

Personen, die willkürlich festgenommen und nach mehrmonatiger Untersuchungshaft wieder freigelassen wurden und die Amnesty International befragen konnte, schilderten die humanitäre Krise, der die Gefängnisinsassen ausgesetzt sind. Zu den Bedingungen gehören extreme Überbelegung in Zellen mit mehr als 100 Personen, fehlende sanitäre Einrichtungen und fehlender Zugang zur grundlegenden Versorgung mit Trinkwasser, angemessener Ernährung, Medikamente und medizinischer Versorgung. Sie sagten, diese Bedingungen erleichterten die Ansteckung und Verbreitung von Krankheiten und führten im Extremfall zu Todesfällen, weil die medizinische Versorgung nicht rechtzeitig erfolgte.

Darüber hinaus berichteten sie von verbalen und körperlichen Misshandlungen durch die Polizei und Wachpersonal, von der Verhinderung jeglicher Kommunikation mit ihren Familien, vom Einsatz von

⁶ <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-64491586>



Pfefferspray in den Zellen, von der Rationierung von Lebensmitteln, Wasser, Zugang zu Toiletten und Duschen sowie von der Verweigerung des Zugangs zu Frischluft im Freien.

Staatliche Organisation und Planung

Die Politik der Masseninhaftierung ist ein Produkt staatlicher Planung, bei der die drei Gewalten des Staates zusammenwirken und alle eine Schlüsselfunktion innerhalb des Staatsapparates ausüben, die diese systematische, massive und anhaltende Verletzung der Menschenrechte der salvadorianischen Bevölkerung ermöglichen.

Einerseits hat die Exekutive mit Hilfe der Polizei, der Streitkräfte und des Sicherheitsministerium eine Sicherheitsstrategie entworfen und umgesetzt, die auf exzessiver Gewaltanwendung, rücksichtslosen willkürlichen Verhaftungen und dem Einsatz von grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung einschließlich Folter beruht.

Die Legislative hat ihrerseits ein Jahr lang die Dauer des Ausnahmezustands, der im Grunde eigentlich eine vorübergehende und außergewöhnliche Maßnahme darstellen soll, gebilligt und verlängert. Darüber hinaus hat sie eine Reihe von Gesetzesänderungen unterstützt, die gegen die vom Land ratifizierten internationalen Menschenrechtsnormen verstoßen.

Schließlich handelt die Justiz nicht unabhängig, verletzt das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und versäumt es, die Straflosigkeit der begangenen Verstöße zu bekämpfen. Die Gerichte und Hilfseinrichtungen sowie die der Staatsanwaltschaft unterstellten Stellen versagen in Strafverfahren eklatant bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Zügellose Straflosigkeit

Die Nachlässigkeit und das vorsätzliche Fehlverhalten der Institutionen, die für die Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte sowie für die Verfolgung und Bestrafung der von Beamten begangenen Straftaten zuständig sind, haben zu einem hohen Maß an Straflosigkeit für die Menschenrechtsverletzungen geführt, die von den Sicherheitsbeamten und den für die Justiz zuständigen Personen durch ihr Handeln oder Unterlassen während des Ausnahmezustands begangen werden.

Die Zurückhaltung von Informationen und die Behinderung des Zugangs zu Informationen sowie das Versäumnis, Maßnahmen zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen und der Umstände, unter denen sie begangen wurden, sowie zur Identifizierung der Verantwortlichen zu ergreifen, schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Straflosigkeit vorherrscht und die Fortsetzung und Eskalation dieser Missbrauchsmuster erleichtert wird.

"In keinem der 50 Fälle, die wir dokumentiert haben, war es möglich zu überprüfen, ob es Ermittlungsverfahren bezüglich des Verhaltens von Amtsträgern gab. Die Tatsache, dass es weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen und praktisch keine laufenden Strafverfahren gibt, zeugt von der Kontrolle, die von höchster Ebene ausgeübt wird, damit alle Staatsgewalten dieser Politik der wahllosen Inhaftierung gehorchen", sagte Erika Guevara-Rosas.

Kriminalisierung von Menschen, die in Armut leben, und kollaterale Auswirkungen

Der Ausnahmezustand umfasst Sicherheitsmaßnahmen, die unverhältnismäßig starke Auswirkungen auf Menschen haben, die in Armut leben. Diese De-facto-Maßnahmen kriminalisieren Menschen, die in den ärmsten Gegenden leben und seit jeher unter der Geißel der Banden zu leiden hatten.

Tausende von Familien sind wirtschaftlich stark betroffen, weil der Hauptverdiener festgenommen wurde und weil sie zusätzliche Kosten aufbringen müssen, um zu versuchen, die Unschuld ihrer Angehörigen zu beweisen, ihr Recht auf Verteidigung während des Strafverfahrens wahrzunehmen und das Wohlergehen und die Gesundheit ihrer Angehörigen in den Gefängnissen zu gewährleisten.



Organisationen der Zivilgesellschaft haben [berichtet](#)⁷, dass es in den betroffenen Familien vermehrt zu Kinderarbeit und Schulabbrüchen kommt, dass die Zahl von erzwungenen Umsiedlungen zunimmt, dass es vermehrt zur Zersplitterung von Familien kommt und dass die Frauen vermehrt mit der Pflege von Angehörigen belastet werden.

Amnesty International fordert die Regierung von Präsident Bukele und andere staatliche Behörden erneut auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um den Ausnahmezustand aufzuheben, die ausgesetzten Rechte wiederherzustellen, wirksame, eigenständige und unabhängige Untersuchungen zu den dramatischen Folgen dieser Maßnahme einzuleiten und Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Opfer sicherzustellen.

"Angesichts des systematischen Charakters der schweren Menschenrechtsverletzungen rufen wir die internationalen Schutzmechanismen auf, dringend zu intervenieren, um eine größere Krise in El Salvador zu vermeiden. Der salvadorianische Staat muss die Gewissheit haben, dass die internationale Gemeinschaft diese Art von Politik nicht tolerieren wird", sagte Erika Guevara-Rosas.

Weitere Informationen:

El Salvador: President Bukele engulfs the country in a human rights crisis after three years in government (News, 2 June 2022) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/06/el-salvador-president-bukele-human-rights-crisis/>

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindliche ist das englische Original:

El Salvador: One year into state of the emergency, authorities systematically committing human rights violations. 3. April 2023

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/04/el-salvador-state-emergency-systematic-human-rights-violations/>

⁷ <https://gatoencerrado.news/2022/05/20/salud-mental-de-la-ninez-es-afectada-por-capturas-de-madres-y-padres-en-el-regimen%EF%BF%BC/>

